

Volkstimme

Einzelnummer 40 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Nummer 243

5. Jahrgang

Belegpreis: Monatlich 6.— Mk. und 1.— Mk. Vierteljährlich; durch die Anzeigenstelle 6.50 Mk. mit Abgabegebühr. Durch die Post monatlich 7.— Mk.; im Vierteljahr 21.— Mk.

Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

Anzeigenpreis: Das Millimeter im obengenannten Anzeigenblatt kostet 70 Pfg. Reklame im Druck gespaltenen Zeilen 3.— Mk. Schluss der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Brunnstraße 17, Halle a. S. Fernr.-Nr. 6002. Erscheint mittwochs 11—12 Uhr.

Halle, Montag, den 17. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Dr. Ulrichstr. 27, Halle a. S. Fernr.-Nr. 5407. Postbezugsnummer Erlaut. Nr. 11092

Kein rotes Berlin mehr.

815 000 sozialistische, 835 000 bürgerliche Stimmen.

Am gestrigen Sonntag hat das neue Berlin, Groß-Berlin wie es genannt wird, zum zweiten Male seine Stadtverordneten gewählt, trotzdem es kaum 1 1/2 Jahre in seiner jetzigen Gestalt existiert. Die jetzige Neuwahl des Stadtparlamentes wurde von der Deutschen Volkspartei erzwungen, weil sie hoffte, die sozialistische Mehrheit darin zu Falle bringen zu können. In dem bisherigen Stadtparlament fanden den 100 bürgerlichen Abgeordneten 125 der drei sozialistischen Parteien gegenüber. Diese Mehrheit ist jetzt gebrochen. Die bürgerlichen Stimmen überwiegen die sozialistischen um ein Gerügendes. Die Volkspartei hat ihr Ziel erreicht.

Seit Jahrzehnten hat man sich von einem „roten Berlin“ gesprochen. Vereingete Reaktionen aller Schattierungen, vom linken Freireizmann bis zum rechtsgerichteten Vertreter des plattesten Wandertums, haben den Sieg erzwungen. Nach nichtmüßiger Zählung waren bis 1 Uhr nichts in sämtlichen Bezirken etwa 815 000 sozialistische und 835 000 bürgerliche Stimmen festgesetzt. Die Sozialdemokratische Partei geht von allen als stärkste aus der Wahl hervor. Sie vereingte auf ihrer Liste nach den bisherigen Zählungen 343 947 Stimmen. Gegen die vorigen Stadtverordnetenwahlen erlangen wir ein Mehr von über 70 000 Stimmen. Die U. S. P. kam von 692 000 Stimmen auf 318 000 herab. Von den deutschen über 300 000 Stimmen vermehren die Kommunisten im ganzen nur 157 000 auf sich zu verzeichnen. Die Deutschnationalen haben ihre Stimmenzahl um über 100 000 herabgemindert. Ebenfalls erheblich angewachsen ist die Deutsche Volkspartei, während der Zuwachs der demokratischen Stimmen nicht so erheblich ins Gewicht fällt.

Die Deutsche Volkspartei hat also ihr Ziel erreicht. Durch ihren Protest, der sich auf kleine, bei der vorigen Wahl vorgenommene formale Verstöße stützte, die eigentlich ihr selbst zugute kamen, denn sie war die Urheberin der Wahl, wurden die Wahlen erzwungen. Ob aber diese geringfügige bürgerliche Mehrheit arbeitsfähig sein wird, ist eine andere Frage. Denn als stärkste Fraktion steht die der Sozialdemokratischen Partei im Mittelpunkt des kommunalen Lebens. Sie wird statt der bisherigen 37 Sitze 45 bis 46 erhalten. Sie wurde zur stärksten Partei, trotzdem Kommunisten und Unabhängigen hofften, mit demagogischer Entstellung der bürgerlichen Parteien politische Geschäfte machen zu können. Sie wurde zur stärksten Partei, trotzdem die Reaktionen die Schuld für die schlechte Finanzlage der Stadt nicht der Majorität der Kriegszeit, sondern der „Militärwirtschaft“ während der Revolution unter Führung der Sozialdemokratie zurechnen. Alle Verbündungen von rechts und links haben den Aufstieg unserer Partei nicht hindern können.

Wie aber wurde der Erfolg der Bürgerlichen erzwungen? Der beste Zutritt ist natürlich dabei die Entente und der Böhlerbundrats gewesen. Man verhehle sich nicht den ungeliebten Einfluß, den die Entente über die bürgerlichen auch auf den Ausfall dieser Kommunalwahl ausgeübt hat. Dazu fanden den bürgerlichen Parteien ungeheure Mittel zu einer breiten amerikanischen Wahlkollone zur Verfügung, der kein Mittel zu schlecht und keines zu geringfügig war, um nicht gegen die Vertreter der sozialistischen Weltanschauung verwendet zu werden.

Was hatten aber die dem verhängten Ansturm der Bürgerlichen entgegenzusetzen? Auf große praktische Erfolge in dem kurzen Da-sein der neuen Kommune Groß-Berlin konnten sie nicht hinwirken. Dazu war die Zeit zur Durchführung großer Pläne viel zu kurz und auch die durch den Krieg verursachten mangelhaften Verhältnisse standen dem entgegen. Das Schlimmste bei allem war aber, daß diese drei sozialistischen Fraktionen, die sich nicht auf bestimmte Grundbesitze in der hohen Politik einigen konnten, auch in ihren Anhängern über zweckmäßige Kommunalpolitik weit auseinanderzogen. Die Kommunisten namentlich haben die Schuld auf sich geladen durch ihr Wirken im Berliner Stadtverordnetenrat eine nicht nur den sich nach Ruhe sehenden Mitbürgern ein Grauen vor der Arbeiterbewegung eingebracht zu haben, sie haben durch die immer wiederholten fruchtlosen Däm- und Kabalereien auch viele Schichten abgehoben, die ihrer ganzen materiellen Lage nach zu den Wählern der sozialistischen Parteien gehören. Die Ausbeutung des kommunalen Treibens hat sie so enttäuscht, daß sie um der Rechten Vorteile willen nun wieder zu den Bürgerlichen übertraten.

Was für Berlin stand nun die Frage auf, wie wird sich jetzt eine Mehrheit bilden, die die Geschäfte des Gemeinwesens anft. Freilich liegen in einer solchen bürgerlichen Koalition die Verhältnisse wesentlich anders wie in einem politischen Parlament. Ein Magistrat kann nur ohne eine bestimmte Mehrheit im Stadtverordnetenrat eine Geschäfte erledigen. Freilich mit der Demokratie und der Stadtverwaltung wird es dann ziemlich ungesund sein. So sehr uns der Ausfall, daß selbst in einem Hinsturz für die Sozialdemokratie so günstig sich zeigenden Gebilde wie Berlin, nicht unter allen Umständen ein ähnliches Resultat erzielt wird wie vor kurzem

noch in Thüringen. Welchen Einfluß der Ausfall der Berliner Wahlen auf die im Gange befindlichen Umgestaltungen der Regierungen im Reich und in Preußen ausüben wird, läßt sich vorläufig nicht voraussagen. Günstig wird er wahrscheinlich nicht sein. Doch muß man erst das amtliche Wahlresultat und auch die heutige Konferenz der bisherigen Koalitionsparteien abwarten, ehe man dazu etwas Bestimmtes sagen kann.

England stimmt zu.

London, 15. Okt. (Reuter.) Die Botschafterkonferenz ist mit der Verfestigung der Empfehlungen des Böhlerbundesrat bezüglich der Grenzschließung, die jetzt die Zustimmung der britischen Regierung erhalten haben betraut worden. Dasselbe Körperchaft wird demgemäß die interalliierte Abstimmungskommission über das Wesen der Entscheidung unterrichten und sie auch der deutschen und der polnischen Regierung zur Kenntnis bringen. Die britische Regierung erklärt an, daß die Regelung sehr gerecht und unparteiisch ist. Wie sie selbst die Empfehlungen ohne Rücksicht und Bedenken annimmt, so erwartet sie, daß dies von allen beteiligten Parteien in dem gleichen Sinne geschehen wird.

Paris, 15. Oktober. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Böhlerbundesrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzschließung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Die Folgen.

Wenn sich die Nachricht bestätigt, daß England dem Spruch des Böhlerbundes seine Zustimmung erteilt hat, dann ist die Teilung Oberschlesiens im Sinne dieses Spruchs so gut wie vollzogen. Man kann sie betrauen und sich über sie empören, aber an ihr wird dadurch nichts geändert. Deutschland hat einen Krieg verloren und muß Land abtreten, das ist die bittere Erkenntnis. Einen neuen Krieg, um dieses Land zu behalten, kann Deutschland nicht führen, das sehen sogar die Deutschnationalen ein. Das Schwere wird also getragen werden müssen wie all das andere Unglück, das uns von der Monarchie und der kriegsberühmten Politik der Deutschnationalen gekommen ist.

Die Deutschnationalen möchten nun zu dem Unglück, das Deutschland betroffen hat, ein besonderes Vergnügen haben: Sie möchten Deutschland noch mehr zugrunde richten, als ihnen das bisher gelungen ist, und darum brüllen sie nach der Demission des Kabinetts Wirth. Hoffentlich wird dieses Gebrauh auch den schwachherzigen Demokraten davon überzeugen, daß es Feigheit und schwachwollige Gelüste wäre, das Kabinett jetzt fallen zu lassen, indem die Demokraten einen weit über ihre Fraktionszahl hinausreichenden Einfluß besitzen und in dem alles, was gescheh, mit ihrer Billigung geschehen ist. Ein solches Verhalten wäre geradezu beispiellos in der politischen Geschichte und würde im Verhältnis der Parteien zueinander die Schwere der Folgen erhöhen. Rechnen wir also ernstlichen damit, daß die Spekulation der Monarchisten auf den Wandel der bürgerlichen Koalitionsparteien vergeblich ist, und daß Deutschland infolge dessen die vielleicht schwerste innere Krise, die es seit drei Jahren erlebt hat, erpart bleiben wird!

Der deutschnationalistische Führer Hergt hat in derselben Rede in Berlin, in der er den Rücktritt der Reichsregierung verlangte, einen neuen politischen Kurs gefordert, der durch eine unentwegte Irredentapolitik und durch die Erklärung bestimmt werden soll, ohne Oberschlesien gebe es keine Erfüllung der Deutschen Forderungen. Es wird sich keine Forderungen finden, die diesen demagogischen Irrsinn in die Tat umsetzen wird. Treibt Deutschland eine Politik der Irredentent, d. h. eine Politik, die nur von dem Wunsch geleitet wird, das im Kriege verlorene Land wiederzugewinnen, dann handelt es gerade nach dem Wunsch seiner erbitterten Feinde, die alle Nachbarn Deutschlands mit bisher deutschen Landgebieten besetzt hat, in der Absicht, zwischen ihnen und Deutschland dauernde Gegensätze zu erzeugen. Die Trentantapolitik Hergts würde Frankreich, Belgien, Dänemark, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei und Italien zu einem dauernden Bund gegen uns vereingeln, wir würden blockiert sein wie im Kriege. So etwas kann man in Versammlungen verlangen, wo man das

Maul so weit wie möglich aufreißt, kein verantwortliches deutscher Staatsmann kann das aber tun.

Ebenso liegt die deutschnationale Forderung, Deutschland solle die Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen einstellen, außerhalb des Kreises entsetzlicher Erörterungen. Die Folge wäre ein neuer Zusammenbruch und der Verlust des Ruhrreviers, sowie der uns vertriebenen Teile Oberschlesiens. So viel Verlust, um das zu begreifen, muß auch Hergt haben, aber diesem Vaterlandsreud kommt es nur darauf an, die Dummheit im Lande um sich zu sammeln und sie gegen die Republik zu heben, ganz gleichgültig, was aus dem Vaterland dabei wird.

Die Folgen der Irredentent westlicher Gebiete werden sich dem Staat nicht sofort, aber allmählich fühlbar machen. Sie bedeuten eine Verringerung seiner Steuerkraft. Das neue „Loch im Damm“, das geöffnet werden soll, bietet der Kapitalflucht und allen unsauberen, die Gemächtheit schädigenden finanziellen Spekulationen die bequemste Gelegenheit. Noch schwerer wirkt in unserem Gefühl die Gefahr der Drangsalierung, der die deutsche Bevölkerung der unter polnische Herrschaft kommenden deutschen Städte ausgesetzt sein wird, wenn anders nicht die noch unbestimmten Einzelbestimmungen der Entscheidung über einen kräftigen Riegel vorsehen. Auf der anderen Seite aber ist eines gewiß: Die kapitalistische Privatwirtschaft wird von der neuen Grenzschließung im Osten keinen Vorteil haben, es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß sie aus ihr nicht geringen Vorteil ziehen wird. Denn gerade das „Loch im Damm“ birgt ihr solche Gelegenheiten bieten, wie in das polnische Gebiet einzudringen. Der Leidende bei dem ganzen Handel wird also der Staat sein mit der breiten Masse seiner bedürftigen Bürger, die Befragenden werden auch hier ihren Vorteil zu finden wissen.

Es das nun wirklich kein idealer Zustand, so ist es für die Arbeiterschaft immer noch besser, wenn die Geschäfte gut gehen, als wenn sie schlecht gehen. Es ist gar nicht abgesehen, welche Zustände wir bekommen würden, wenn sich die Arbeitslosigkeit bei uns so ausbreitete wie in den vereingten Staaten oder in England. Dort bleibt, wenn die Privatwirtschaft vorübergehende Schwächenanfalle erleidet, immer noch ein kräftiger Staat, der den Opfern der Krise beistehen kann. Unter Staat ist selber krank und bettelarm, darum ist die Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion für die deutschen Arbeiter mehr eine unmittelbare Frage um Leben oder Tod als für die Arbeiter anderer Länder.

Die politische Grenzschließung in Oberschlesien wird aber, wie gesagt, eine Schädigung der Privatwirtschaft schwerlich herbeiführen. Auch wir können die Schädigung im Interesse der Arbeiter nicht wollen, sondern müssen vielmehr eine möglichst geordnete wirtschaftliche Beziehungen auch zu Polen wieder aufgenommen werden. Polen gegenüber wie gegenüber jedem anderem Lande wäre eine bloße Gebühlpolitik kein Nutzen, sondern ein schwerer Schaden. Wir können uns den Luxus einer solchen Gebühlpolitik nach seiner Abkündigung erlauben, sondern wir müssen vernünftig im Interesse des Volkes handeln und trotz alledem daran arbeiten, daß es wieder aufwärts geht.

Das ungelöste Wirtschaftsproblem.

Genf, 15. Oktober. (AP.) In gut unterrichteten Kreisen macht man mit großer Bestimmtheit die Auffassung geltend, daß die oberirdische Frage, was die wirtschaftlichen Probleme betrifft, auch nach Verfestigung der Entscheidung des Obersten Rates durchaus nicht als gelöst angesehen werden kann. Die wirtschaftlichen Bestimmungen, die das amtliche Communiqué als den wesentlichen Teil der Lösung darstellt, hingen noch völlig in der Luft. Der Friedensvertrag könne nämlich weder Deutschland noch Polen die Annahme des vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommens aufzwingen, und man müßte entweder mit direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die sich sehr lange hinziehen könnten, oder gar mit Abschnung rechnen. Die Folge wäre also, daß nur die Grenzlinie einen absolut bindenden Charakter trage und infolgedessen, da die Wirtschaftsklausel bisher nur auf dem Papier bestehe, tatsächlich die Lösung bis auf weiteres nichts anderes als eine glatte Zerreißung des Friedenskrieges bedeute. Diese Auffassung wird bestätigt in einem Pariser Telegramm des „Journal de Geneve“, demzufolge Deutschland und Polen, die die territoriale Teilung annehmen müssen, selbstverständlich das Recht haben, das Wirtschaftsabkommen nicht abzuschließen. Das sei durchaus Sache Polens und Deutschlands, es läge aber in ihrem Interesse, die angelegten Vorschläge anzunehmen.

Verpflichtung und alle ... das man ihr jetzt gegen ihren Willen den Franken aufrufen. Es wurde einmütig eine entsprechende Entschädigung angenommen. Zum Schluss wurde ein Telegramm an den Vizepräsidenten ...

Das Lebensministerium in Wien.

Wien, 15. Okt. (W. I. Z.). Heute nachmittags fanden erneut Lebensministeriumsarbeiten der Arbeiter des Vorortes Favoriten statt. Es wurden eine Menge freischwebende eingeschlossen. Die Menge verließ sodann die Versammlung ...

Zur Driftfahrgemeinschaft der Beamten

Stellen uns die beteiligten Großgewerkschaften folgend: Juristen zur Verfügung. Nach immer wieder die Beamten auf die gesetzliche Regelung der Driftfahrgemeinschaft. Seit Monaten haben im Staatlichen Rechtsamt ...

Verpflichtung und alle ... das man ihr jetzt gegen ihren Willen den Franken aufrufen. Es wurde einmütig eine entsprechende Entschädigung angenommen. Zum Schluss wurde ein Telegramm an den Vizepräsidenten ...

Verdienste der Hohenpöten.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918 wurde das preußische Finanzministerium mit der Finanzverwaltung der Provinzen des Hohenpöten ...

540 Mark für ein Goldstück. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank ...

Die Privatkapitalistischen Versicherungen

„Nach Feierabend“, so lautet annähernd der Titel eines Buchs ...

Maßgebend und einflussreich sind jedoch nur die im Verlaufe ...

Wichtig sind die Bestimmungen, welche belagern, was kein Unfall ist. Dazu gehören: Insekten und Invasionskrankheiten ...

Ausgeschlossen von der Versicherung sind ferner Darmschleimhäute, Bands und Interlebralschichten aller Art ...

Darum Arbeiter, seid auf der Hut, geht nicht zu den kapitalistischen Versicherungen ...

Der Radfahrer B. in 3. stürzte mit dem Rad und stürzte nach kurzer Zeit. Er hatte auf seine Versicherung bei der ...

Lebensversicherung ... Hinter den Kulissen der Filmwelt ...

Ungeachtet ein und Härtet bei ... Die neuen Bestimmungen der Invalidenversicherung sind ...

enterte nebst einem großen Kranz wohlverdienten Beifall. Auch die Darsteller trugen viel zum guten Gelingen mit bei. In der ...

Man darf programmatischen Teil schloß sich dann der Ball an, der ...

Stadttheater. „Die Ariele“. Musikalisches Lustspiel von Eugen d'Albert. „Der Rittmeister“. Musikalisches Lustspiel von Alfred Nohl.

Herbstonkonzert des Freien Sängerkörpers. In Brunnens „Sänger“ gab der eifrig tätige und aufwärtsstrebende Freie Sängerkörper ...

Hinter den Kulissen der Filmwelt. Noch weit mehr als auf der Bühne ist beim Film der Reiz ...

Das Hauptinteresse des Abends bestand natürlich in dem ...

Unter den Leistungen des Freies Sängerkörpers ...

Freie Sängerkörpers. 1. Aufführungreihe (Katharin der Heile) G. Wittrock, den 19. H. Donnerstag, den 20. J. Sonnabend ...

Partei-Angelegenheiten.

Freiengruppe der S. P. D. Montag Abend 8 Uhr findet bei uns unsere Zusammenkunft statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichsversammlung und Wahlverfahren. 2. Bericht von der Reichsversammlung und Wahlverfahren. 3. Bericht von der Reichsversammlung und Wahlverfahren.

Halle und Saalfreizeite.

Halle, 17. Oktober 1921.

Nach einer Niederlage. Die Halle'sche Zeitung kann wieder einmal eine glänzende Niederlage buchen. Erst am Sonntagabend veröffentlichten wir eine Zuschrift des Gewerkschaftsrates unter der Überschrift: 'Die Schenksüchtigen', in der nachgewiesen wurde, in welcher geschäftigen Weise die Halle'sche Zeitung verfuhr zu verhindern, daß die in der demokratischen Bewegung sich Anteil erregend an den Kulturkämpfen, die die dramatische Kunst dem ganzen Volke bringt.

summe Gebrauch machte, ebenso wie die geschlossene Vorstellung bereits unter den gleichen Bedingungen an die Hallische Volksbühne und das Wohlfahrtsamt des Saalfreies vergeben hatte.

Alle diese Maßnahmen sind im Einverständnis mit dem hiesigen Theater-Dezernenten getroffen und haben die volle Billigung der Theater-Deputation.

Die Zeitschrift der Presse für die einzelnen Blätter im Falle solcher Vergabung geschlossener Vorstellungen ist Sache der Vereinigungen.

Die Antwort hat eine vollständige Aenderung bestimmter Ansichten der 'S. P.' herbeigeführt. Was sie vorher empfand, daß man für i Markt die herrschenden Werte sich ansehen konnte, so beklagt sie jetzt, daß die Bedingungen, zu denen eine Vorstellung im Stadtheater zu haben ist, nicht so sind, daß sie ohne erhebliche Zuschüsse seitens der sie mietenden Vereinigungen erfüllt werden können.

Die Halle'sche Zeitung ist vollständig gefaselt, daß es Mühsal der U. S. P. ist. Da es nur Naturwissenschaftler findet hat, hat sie große Zweifel an seiner Eignung als Verwaltungsbeamter, namentlich noch im Hinblick darauf, daß er es unterlassen hat, während seiner Studenzeit in einem leiblichen Korps sich zu erwerben.

Elektronwert zu Bitterfeld. In dieser Eigenschaft hatte er etwa 5-6 mal Kupferfunde von einem Gesamtgewicht von etwa 15 Kilo mitgehen lassen. Seine Frau trug die geliebten Stücke zu dem obengenannten Althändler, der ein früherer Schullehrer Naumanns war. Conrad machte sich über die Herkunft des Kupfers keine Gedanken und taute es. Erst als er erfuhr, wo Naumann arbeitete, verbat er sich weitere Angebote.

Dr. Erdmann, nicht Erdmann, zu dem ihn ein Tagelöhner machte, heißt der voraussichtliche Nachfolger Thieles im Landratsamt. Die Halle'sche Zeitung ist vollständig gefaselt, daß es Mühsal der U. S. P. ist. Da es nur Naturwissenschaftler findet hat, hat sie große Zweifel an seiner Eignung als Verwaltungsbeamter, namentlich noch im Hinblick darauf, daß er es unterlassen hat, während seiner Studenzeit in einem leiblichen Korps sich zu erwerben.

Die Elternseite und der Reichsschulgeheimrat. Am 12. Oktober 1921 fand in der Schillerstraße eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der hallischen höheren Mittel- und Volksschulen statt, in welcher zu dem Reichsschulgeheimrat Stellung genommen wurde.

Grosse Neueingänge von Damen-Konfektion noch zu billigen Preisen.

In dieser Woche wollen wir Ihnen so recht Gelegenheit geben, den Herbst- und Winterbedarf bei uns zu decken. Wir sind vorbereitet, d. h. wir haben gewaltige Warenlager in der günstigen Zeit aufgekauft u. gelangen dieselben jetzt zu sehr mäßigen Preisen zum Verkauf

Table with 4 columns: Fesche, Elegante, Vornehme, and a fourth unlabeled column. Rows include: Abend-Kleider, Herbst-Kleider, Mäntel u. Kostüme, Blusen und Röcke. Items listed include Samt und Seide, Wollkleid, Kinder-Kleider, Kinder-Mäntel, Herbst-Paletot, Eleg. Mantel, Plüsch-Mantel, Krimmer-Mantel, Jackenkleid, etc.

Brummer & Benjamin Halle a. S. Große Ulrichstrasse 22-24

